

## Zur Novemberrevolution 1918/19 in Thüringen<sup>1</sup>

Die Novemberrevolution 1918/19 war eine der grundlegenden politischen Umwälzungen im Verlauf der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Dennoch ist sie gemessen am geringen öffentlichen und wissenschaftlichen Interesse eine „Vergessene Revolution“.<sup>2</sup> Die Erinnerung an den 9. November 1918, dem Tag, an dem der deutsche Kaiser abdankte und die Republik durch Philip Scheidemann und Karl Liebknecht zweifach ausgerufen wurde, wird von den freudigen Gedanken an den 9. November 1989, dem Tag des Mauerfalls in Berlin und dem mahnenden Gedenken an den 9. November 1938, der Reichspogromnacht, überdeckt und verdrängt. Damit geht zugleich der innere Zusammenhang verloren, der diese drei so unterschiedlichen Ereignisse miteinander verbindet.

Ohne die abgründige Feindschaft der großen Mehrheit des deutschen Bürgertums gegenüber dem Ergebnis der Novemberrevolution, der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik, ist die nationalsozialistische Diktatur von 1933 bis 1945 nicht denkbar.<sup>3</sup> Die Pogromnacht vom 9. November 1938 und der nachfolgende Völkermord an den europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges haben hierin eine von mehreren Ursachen. Ebenso waren die deutsche Teilung während der Systemauseinandersetzung des Kalten Krieges sowie die friedliche Revolution 1989 auch langfristige Folgen der Entwicklung nach 1918/19.

Zugleich hat die tiefe Enttäuschung über die politischen und gesellschaftlichen Ergebnisse der Revolution bei ihrem sozialen Träger, der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert maßgebend beeinflusst. Die endgültige Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und die Hinwendung eines wesentlichen Teils zum Kommunismus sind nur vor diesem Hintergrund zu verstehen.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Überarbeitete und erweiterte Fassung meines Vortrages vom 5. Januar 2015 beim Jugendverband „Die Falken“/Erfurt.

<sup>2</sup> Gallus, Alexander: Die vergessene Revolution von 1918/19. Erinnerung und Deutung im Wandel. in: Gallus Alexander (Hrsg.): Die vergessene Revolution von 1918/19. Göttingen 2010. S. 14 – 38. Bramke, Werner: Eine ungeliebte Revolution. Die deutsche Novemberrevolution von 1918/19 im Widerstreit von Zeitzeugen und Historikern. in: Plener, Ulla (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie. Allgemeine, regionale und biographische Aspekte. Beiträge zum 90. Jahrestag der Revolution. Berlin 2009. S. 11 – 40.

<sup>3</sup> Rudolph, Karsten: Untergang auf Raten. Die Auflösung und Zerstörung der demokratischen Kultur in Thüringen 1930 im regionalen Vergleich. in: Ehrlich, Lothar; John, Jürgen (Hrsg.): Weimar 1930. Politik und Kultur im Vorfeld der NS-Diktatur. Köln Weimar Wien. 1998. S. 15 – 29.

<sup>4</sup> Brandt, Peter; Lehnert, Detlef: Mehr Demokratie wagen. Geschichte der Sozialdemokratie 1830 – 2010. Berlin 2013. S. 117.

Diese langfristigen Entwicklungen haben natürlich auch die Geschichte Thüringens im 20. Jahrhundert tief beeinflusst.

Die Thüringischen Kleinstaaten zählten nicht zu den Orten bzw. Regionen, in denen es im Vergleich zu Kiel, München oder Berlin zu entscheidenden Ereignissen während der Novemberrevolution kam. (Hierzu zählt auch nicht die oft erwähnte Tatsache, dass Günther von Schwarzburg-Rudolstadt am 25. November 1918 als letzter deutscher Fürst zurücktrat.) Thüringen gerät erst mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater in den Blick der Revolutionsgeschichtsschreibung, wenngleich nach den damit verbundenen Konsequenzen bislang kaum gefragt wurde.

Nachfolgend sollen vor diesem Hintergrund die unterschiedlichen Deutungen, langfristigen Ursachen und unmittelbaren Auslöser der Revolution betrachtet und auf die Situation in Thüringen eingegangen werden. Dabei müssen die zentralen Entwicklungen und Entscheidungen wesentlich mitberücksichtigt werden, denn ohne sie bleibt der Verlauf der Revolution in Thüringen unverständlich.

### **Zur Revolutionsdeutung**

Ablehnung und Enttäuschung über die Ergebnisse der Novemberrevolution 1918 bestimmten während der deutschen Teilung nach 1945 auch weiterhin die Sichtweisen. Überlagert wurden die persönlichen Erinnerungen an, und die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Novemberrevolution zugleich von den innenpolitischen Prägungen und Entwicklungen in den beiden deutschen Staaten sowie den Konstellationen der Systemauseinandersetzung des Kalten Krieges.

In der Bundesrepublik prägten die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie und der antikommunistische Grundkonsens zunächst auch die Sicht auf die Novemberrevolution. Vornehmlich konservative Historiker sprachen nun der SPD um Friedrich Ebert das Verdienst zu, im Zusammenwirken mit den alten Eliten die kommunistische Machtübernahme durch den Spartakusbund verhindert zu haben.<sup>5</sup> Diese Sicht bestimmte auch die westdeutsche Thüringengeschichtsschreibung zum 20. Jahrhundert, die sich nicht zuletzt auf die Darstellung und Interpretation des ehemaligen Landtagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei Georg Witzmann stützte. Ihr galten die Arbeiter- und Soldatenräte, die eigentlichen Träger

---

<sup>5</sup> Winkler, Heinrich August: Ein umstrittener Wendepunkt. Die Revolution von 1918/19 im Urteil der westdeutschen Geschichtswissenschaft. in: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland. München 2002. S. 33/34. (S. 33 – 42.)

der Revolution in ihrer Anfangsphase, als organisatorischer Ausdruck für Aufruhr und Meuterei.<sup>6</sup>

Die konservative Sicht wurde in den 60er Jahren von der nachfolgenden jüngeren Historikergeneration in der Bundesrepublik kritisch hinterfragt.<sup>7</sup> Auf Grundlage eigener empirischer Untersuchungen zur Rätebewegung kam sie zu dem Schluss, dass die Alternative 1918/19 nicht Rätediktatur oder parlamentarische Demokratie gelautet habe. Vielmehr wäre die Weimarer Demokratie wesentlich stabiler gewesen, wenn sich die SPD auf die überwiegend sozialdemokratischen Räte gestützt hätte.

In der DDR bildete die „Große Sozialistischen Oktoberrevolution“ von 1917 den Maßstab für die Bewertung der Novemberrevolution. Hieran gemessen war sie gescheitert. Andererseits bildete die Novemberrevolution für jene, die aktiv in ihr gewirkt hatten einen wichtigen Punkt ihrer eigenen Geschichte, insbesondere die ehemaligen KPD-Mitglieder dachten mit Stolz an sie zurück. Auch deshalb kam es im Zusammenhang mit der Entstalinisierung Mitte der 50er Jahre im Umfeld des 40. Jahrestages der Novemberrevolution zu einer kontroversen Debatte zwischen jenen, die ihren sozialistischen Charakter hervorhoben und dem Teil der Parteifunktionäre und Historiker, die auf dem marxistisch-leninistischen Dogma beharrten, wonach eine sozialistische Revolution ohne eine kommunistische Partei gar nicht stattfinden könne.

Letztlich entschied das Zentralkomitee der SED den Streit und legte per Beschluss fest, dass die Novemberrevolution eine bürgerlich-demokratische Revolution gewesen sei, die jedoch mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde und am Verrat der rechten Führer von SPD und USPD gescheitert sei. Teilweise wurde auch den lokalen Arbeiter- und Soldatenräten eine Mitschuld am Scheitern sowie Verrat an der Revolution angelastet.<sup>8</sup> Die Gründung der KPD war für die DDR-Geschichtsschreibung das eigentliche Hauptereignis und Ergebnis der Revolution. Sie und ihre Vorläuferorganisation, die Spartakusgruppe bzw. der

---

<sup>6</sup> Patze, Hans; Schlesinger Walter (Hrsg.): Geschichte Thüringens Bd. 5/2. Politische Geschichte in der Neuzeit. 1828 – 1945. von Friedrich Facius. Köln Wien 1978. Witzmann, Georg: Thüringen von 1918 – 1933. Erinnerungen eines Politikers. Meisenheim am Glan 1958.

<sup>7</sup> An dieser Stelle können nur die wichtigsten Arbeiten aus der Sicht des Autors dieses Beitrages benannt werden. Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 – 1919. Düsseldorf 1972. Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19. Göttingen 1975. v. Oertzen, Peter: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution. Berlin Bonn Bad Godesberg 1976. Einen Überblick über die westdeutsche Geschichtsschreibung zur Novemberrevolution gibt: Grebing, Helga (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918/19. Eine Analyse. Berlin 2008.

<sup>8</sup> Gutsche, Willibald: Die revolutionäre Bewegung in Erfurt während des 1. Imperialistischen Weltkrieges und der Novemberrevolution. Erfurt 1963.

Spartakusbund standen im Mittelpunkt des Interesses, wobei ihre Rolle stark überbewertet wurde.<sup>9</sup> Das gilt auch für die Arbeiten zu Thüringen.<sup>10</sup>

Nach der friedlichen Revolution 1989 konzentrierten sich die landesgeschichtlichen Forschungen zu 1918/19 nun auf die Gründung des Landes Thüringen am 1. Mai 1920, dies auch vor dem Hintergrund seiner Wiedergründung 1990. Im Mittelpunkt des Interesses standen nun vor allem die Herausbildung der parlamentarischen Demokratie und damit die 1919 demokratisch gewählten Landtage sowie ihre Rolle im Vereinigungsprozess.<sup>11</sup> Hervorhoben wurde der allgemein friedliche Charakter der Revolution in Thüringen 1918, wobei das „Rote Gotha“ eine Ausnahme bildete. Hier habe die linksradikale USPD zunächst das Terrain beherrscht und gleichzeitig das Bürgertum unverhältnismäßig bedrängt und damit dessen Radikalisierung hin zur extremen Rechten wesentlich mit verursacht.<sup>12</sup>

Soweit ich die Forschung überblicke, gibt es zur Rätebewegung in Thüringen noch keine systematische Untersuchung hinsichtlich ihrer Rolle in der Anfangsphase der Revolution, ihrer Radikalisierung im Frühjahr 1919 sowie ihrem, jedoch auf immer weniger werdende Orte reduziertem Weiterwirken bis zum Ende des Jahres 1919.<sup>13</sup> Vor diesem Hintergrund sind die nachfolgenden Ausführungen vor allem als Überblick zu verstehen, die durch weitere Forschungen ergänzt und erweitert, möglicherweise auch korrigiert werden müssen.

### **Zu einigen langfristigen Ursachen der Revolution**

Politische Revolutionen sind ein Kennzeichen dafür, dass die jeweils bestehende politische Ordnung den Herausforderungen, vor die sie gestellt wurde, nicht gerecht geworden ist. Es macht aus diesem Verständnis heraus wenig Sinn, ausschließlich nach revolutionären Rädelsführern, Verschwörern oder eben Helden - je nach Interpretation - zu suchen. Gerade weil sich in revolutionären Situationen das Handeln Einzelner sehr entscheidend auf den Gesamtverlauf der Entwicklung auswirken kann, müssen bei der Beurteilung ihres Agierens

---

<sup>9</sup> John, Jürgen: Das Bild der Novemberrevolution in Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft der DDR. in: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland. München 2002. S. S. 43 – 84. Keßler, Mario: Die Novemberrevolution in der Geschichtswissenschaft der DDR: Die Kontroverse des Jahres 1958 und ihre Folgen im internationalen Kontext. in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. 2008/III. S. 38 – 58.

<sup>10</sup> Schulze, Gerhard: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen. Erfurt 1974.

<sup>11</sup> Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen: Die vergessenen Parlamente. Landtage und Gebietsvertretungen in den Thüringer Staaten und Gebieten 1919 bis 1923. Erfurt 2002. Häupel, Beate: Die Gründung des Landes Thüringen. Weimar Köln Wien. 1995.

<sup>12</sup> Matthiesen, Helge: Bürgertum und Nationalsozialismus in Thüringen. Das bürgerliche Gotha von 1918 bis 1930. Jena 1994.

<sup>13</sup> Noch Ende Oktober 1919 beschloss die Bezirkskonferenz der Thüringischen Arbeiterräte in Erwartung zukünftiger revolutionärer Ereignisse die Fortsetzung ihrer Arbeit. Vertreten waren 31 lokale Arbeiterräte aus allen Thüringischen Kleinstaaten mit Ausnahme Sachsen-Altenburg. Neue Zeitung, 31.10.1919.

die jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihres Handelns berücksichtigt werden. Schon deshalb ist nach den tieferen Ursachen der Novemberrevolution zu fragen, die sich nicht allein aus den Konstellationen des Jahres 1918 erklären lassen.

Infolge der politischen Niederlage der Revolution von 1848/49 und Bismarcks „Revolution von Oben“, das heißt, der Einigung des Deutschen Reiches 1866 - 71 durch „Eisen und Blut“, war das Deutsche Kaiserreich von mehreren grundlegenden Widersprüchen gekennzeichnet. Der wohl grundlegendste war der zwischen der seit Mitte des 19. Jahrhundert modernen bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung – Deutschland stieg zu einer der führenden Industriestaaten auf – und dem obrigkeitsstaatlichen Charakter des Kaiserreiches. Das preußische Junkertum dominierte nahezu alle Machtpositionen in Verwaltung und beim Militär. Dieser Widerspruch kam auf der politischen Ebene im einem für die damaligen Verhältnisse sehr modernen Wahlrecht für den Deutschen Reichstag und dessen weitgehender politischer Einflusslosigkeit zum Ausdruck. Im politischen System des deutschen Kaiserreiches dominierte der Bundesrat, das Gremium der deutschen Fürsten, in dem Preußen eine Sperrminorität besaß. In Preußen selbst existierte das Drei-Klassen-Wahlrecht, wodurch die unteren Bevölkerungsschichten stark benachteiligt waren.

Ein zweiter grundlegender Widerspruch bestand darin, dass das Deutsch Kaiserreich zwar ein geeinter Staat war, sich aber keine Nation im modernen Sinne herausbildete. Die politischen und ökonomischen Interessenskonflikte zwischen preußischen Junkern und liberalem Bürgertum wurden durch ihre gemeinsame Gegnerschaft gegenüber den sogenannten Reichfeinden, dem politischen Katholizismus, vor allem aber der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung überbrückt. Damit war der Grundwiderspruch jeder kapitalistischen Gesellschaft, der zwischen Kapital und Arbeit, politisch-ideologisch zusätzlich aufgeladen worden.<sup>14</sup>

Infolge dessen bildeten sich zwei politische Lager, das bürgerlich-nationalistische und die Sozialdemokratie, die sich gegenseitig ab- und ausgrenzten. Die politische und organisatorische Stärke der deutschen Arbeiterbewegung hatte hierin eine ihrer Ursachen. Den gesellschaftlich ausgegrenzten sozialdemokratischen Arbeitern blieb gar keine andere Wahl, wollten sie ihre sozialen und politischen Interessen eigenständig vertreten und durchsetzen, sich in einer Art Gegengesellschaft zu organisieren. Dadurch entstand ein Netz von proletarischen Kultur- Bildungs- Sport- und Freizeiteinrichtungen.<sup>15</sup> Diese Isolation beförderte

---

<sup>14</sup> Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München 2014. S. 25 – 117.

<sup>15</sup> Walter, Franz; Dürr, Tobias; Schmidtke, Klaus: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Bonn 1993.

zugleich eine Selbstisolation, aus der die SPD, wie ihre letztlich ergebnislosen heftigen innerparteilichen Richtungskämpfe zeigten, keinen Ausweg fand.<sup>16</sup>

Ein dritter grundlegender Widerspruch bestand zwischen der Leistungsfähigkeit des hochmodernen deutschen Kapitalismus und dem daraus abgeleiteten weltpolitischen Anspruch des Deutschen Kaiserreiches einerseits und dessen tatsächlichen Realisierungsmöglichkeiten andererseits. Überall in der Welt traf Deutschland politisch und ökonomisch auf seine britischen und französischen Konkurrenten und forderte sie deshalb heraus. Europa „schlafwandelte“ nicht in den Ersten Weltkrieg, dem Versagen der europäischen Diplomatie in der Julikrise 1914 lagen tiefergehende imperialistische Konflikte zugrunde.<sup>17</sup>

Im Zusammenwirken der hier nur skizzierten grundlegenden Widersprüche bildete sich im Deutschen Kaiserreich bis zum Ersten Weltkrieg ein zunehmend extremer, an vielen Stellen antisemitisch aufgeladener Nationalismus heraus, der gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung als innerem Reichsfeind ausgerichtet war und zunehmend nach außen kriegsbereit wurde.

Für Thüringen, dessen spezifische Situation durch die Kleinstaaterei gekennzeichnet war, die ihrerseits immer stärker mit den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft in Konflikt geriet, hatten diese Entwicklungen grundlegende politische Konsequenzen. Aus dem einstmaligen „Hort der Freiheit“, in dem sich in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts auch die Arbeiterbewegung noch relativ frei entfalten konnte,<sup>18</sup> wurde eine Region zugespitzter Klassenauseinandersetzungen. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war die SPD in Thüringen zu einer beachtlichen politischen Größe herangewachsen, obwohl industrielle Ballungsräume, von wenigen Ausnahmen abgesehen, weitgehend fehlten. In Thüringen war die SPD jedoch weniger einer Klassenpartei des Industrieproletariats sondern eine reformistische „Partei der kleinen Leute“,<sup>19</sup> von der sich das Bürgertum und die kleinstaatlichen

---

<sup>16</sup> Brandt; Lehnert: Geschichte der Sozialdemokratie. S. 42 – 102.

<sup>17</sup> Bollinger, Stefan: Weltbrand, „Urkatastrophe“ und linke Scheidewege. Fragen an den „Großen Krieg“. Berlin 2014.

<sup>18</sup> Im Vorfeld des Gründungskongresses der „Eisenacher Partei“ 1869 hatte August Bebel eine Besprechung mit dem Eisenacher Polizeinspektor. Dieser sagte nach Wiedergabe Bebel's: „Ich weiß, daß Sie ein Miteinberufer des Kongresses sind. Sie können versichert sein, daß Sie in jeder Beziehung auf den gesetzlichen Schutz rechnen können. Sie sind hier in einem freien Land. Sie können hier sprechen und beschließen, was sie wollen, wir werden nicht danach fragen. Machen Sie also in Ihren Versammlungen, was Ihnen gut dünkt. Wollen Sie dieselben unter freiem Himmel abhalten, so können Sie auch im Freien tagen; wollen Sie dieselben in einem Saale, gehen Sie in einen Saal; wollen Sie am anderen Tage in einem anderen Lokale tagen, die Eisenacher Polizei wird nicht danach fragen.“ Protokoll über die Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Eisenach am 7. 8. und 9. August 1869. Leipzig 1869. S. 7.

<sup>19</sup> Wolftrum, Andreas: Die Sozialdemokratie im Herzogtum Sachsen-Altenburg zwischen 1848 – 1920. Köln Weimar Wien 2003. S. 303.

Dynastien zunehmend bedroht sahen, weil sie neben der sozialen Frage auch die gesellschaftliche Rückständigkeit - Stichwort Thüringenfrage - thematisierte. Aus diesen Konstellationen erklärt sich, weshalb sowohl die SPD als auch die Parteien und Massenverbände des bürgerlich-nationalistischen Lagers in Thüringen jeweils Hochburgen hatten.<sup>20</sup> Zudem entwickelte sich Erfurt, das zu Preußen gehörte, zu einem „Zentrum der antisozialistischen Bewegung.“<sup>21</sup>

Während des Ersten Weltkrieges verschärften sich die inneren Grundwidersprüche des Deutschen Kaiserreiches zu einer tiefen Krise, die sich allmählich zu einer vorrevolutionären Situation zuspitzte. Kennzeichen hierfür waren zum einen der allmählich zunehmende Autoritätsverlust des Obrigkeitsstaates aufgrund der allgemeinen Verschlechterung der Lebenssituation nahezu der gesamten Bevölkerung. Das auf einen langen Krieg nicht eingestellte Deutsche Kaiserreich konnte die Versorgung mit den zum Leben notwendigen Gütern, vor allem mit Nahrungsmitteln immer weniger gewährleisten – Stichwort Kohlrübenwinter 1916/17.<sup>22</sup> Die Behörden gerieten aufgrund dieser Situation in eine immer stärker werdende Kritik. Anstelle der anfänglichen Kriegsbereitschaft traten allmählich Ernüchterung und Enttäuschung, Verbitterung, Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht.<sup>23</sup>

Das zweite Kennzeichen der Krise und ihrer Zuspitzung zu einer revolutionären Situation war die Herausbildung einer revolutionären Massenbewegung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die ab 1917 spontan und ohne Führung, aber an ganz bestimmten Punkten mit Massenaktionen in die politische Entwicklung eingriff.<sup>24</sup> Massenbewegung meint nicht ausschließlich die große Masse an demonstrierenden oder streikenden Arbeitern, auch wenn dies ihr sichtbares Merkmal war. Massenbewegung meint sowohl jene, die bewusst gegen den Krieg agierten, so im Gespräch am Arbeitsplatz oder beim Anstehen nach Lebensmitteln, mit illegal verteilten Handzetteln, Flugblättern, Zeitungen/Zeitschriften, aber auch mit kleinen Demonstrationen bzw. Demonstrationsversuchen wie die am 1. Mai 1916 in Jena.<sup>25</sup>

Besonders entscheidend war in dieser Hinsicht das Agieren der Thüringer Arbeiterjugendop-

---

<sup>20</sup> Hess, Ulrich: Geschichte Thüringens 1866 bis 1914. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Volker Wahl. Weimar 1991. S. 191.

<sup>21</sup> Raßloff, Steffen: Flucht in die nationale Volksgemeinschaft. Das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur. Köln Weimar Wien 2003. S. 119.

<sup>22</sup> Kocka, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 – 1918. Göttingen 1978.

<sup>23</sup> Schönhoven, Klaus: Die Entstehung der Weimarer Republik aus dem Krieg: Vorbelastung und Neuanfang. in: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland. München 2002. S. 24. (S. 13 – 32).

<sup>24</sup> Feldmann, Gerhard D.; Kolb, Eberhard; Rürup, Reinhard: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917 – 1920). in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 11 1972. S. 84 - 105.

<sup>25</sup> Schulz, Eberhart: Gegen Krieg, Monarchismus und Militarismus. Der Weg in die Revolutionstage 1918/19 in Jena. Jena 2008. S. 68/69.

position. Jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter waren besonders von den sozialen Lasten des Krieges betroffen. Hinzu kam, dass die Thüringer Arbeiterjugend-Bezirksleitung traditionell auf dem linken Flügel stand und engen Kontakt zu Karl Liebknecht und damit auch zur Spartakusgruppe hatte.<sup>26</sup> Thüringen war eine Hochburg der Arbeiterjugendopposition, weshalb die illegale Osterkonferenz 1916 mit ca. 50 Teilnehmern in Jena stattfand. Sie wurde zum Auslöser der Demonstration am 1. Mai 1916 in Jena.<sup>27</sup>

Mit ihren Aktionen gab die bewusst agierende Opposition der zunehmenden, gegen den Krieg gerichteten Massenstimmung unter der Arbeiterschaft Ausdruck. Diese Massenstimmung war die zweite wesentliche Voraussetzung für das Entstehen der revolutionären Massenbewegungen und der Novemberrevolution 1918.<sup>28</sup> Zum Beispiel hatte es in Erfurt bis zum November 1918 keine Streiks- und Protestaktionen gegeben, wohl aber eine zunehmende latente Unzufriedenheit,<sup>29</sup> die sich am 8. November 1918 in Streiks und Demonstrationen entlud.

Eine Voraussetzung für die Herausbildung der revolutionären Massenbewegung war die Burgfriedenspolitik der Führungen von SPD und Gewerkschaften seit Anfang August 1914. Die Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten bedeutete vor allem einen Bruch mit den gegenüber der II. Internationale eingegangenen Verpflichtungen. Die auf

---

<sup>26</sup> Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949. Köln Weimar Wien 2011. S. 88 - 95.

<sup>27</sup> Hesselbarth, Mario: Die illegale Jenaer Jugendkonferenz Ostern 1916. in: Hellmann, Birgit; Mieth, Matias (Hrsg.): Heimatfront. Eine mitteldeutsche Universitätsstadt im Ersten Weltkrieg. Jena 2014. S. 291 – 304.  
Luban, Ottokar: Die Auswirkungen der Jenaer Jugendkonferenz 1916 und die Beziehungen der Zentrale der revolutionären Arbeiterjugend zur Führung der Spartakusgruppe. in: Archiv für Sozialgeschichte Bd. XI. 1971. S. 185 – 223.

<sup>28</sup> Da dieser Punkt, das Verhältnis von bewusstem Handeln in Abhängigkeit der jeweils gegebenen Massenstimmung einen breiten Raum in der sich anschließenden Diskussion einnahm, soll an dieser Stelle auf Rosa Luxemburgs Massenstreiks- und Spontaneitätstheorie verwiesen werden. „Ein aus lauter Disziplin und Begeisterung geborener Massenstreik wird im besten Fall als eine Episode, als ein Symptom der Kampf Stimmung der Arbeiterschaft eine Rolle spielen, worauf die Verhältnisse aber in den ruhigen Alltag zurückfallen. Freilich fallen auch während der Revolution die Massenstreiks nicht ganz vom Himmel. Sie müssen so oder so von den Arbeitern gemacht werden. Der Entschluß und Beschluß der Arbeiterschaft spielt auch dabei eine Rolle, und zwar kommt die Initiative sowie die weitere Leitung natürlich dem organisierten und aufgeklärtesten sozialdemokratischen Kern des Proletariats zu. Allein diese Initiative und diese Leitung haben einen Spielraum meistens nur in der Anwendung auf die einzelnen Akte, einzelnen Streiks, wenn die revolutionäre Periode bereits vorhanden ist (...) Ferner sind dabei der Initiative und der bewußten Leitung ganz bestimmte Schranken gesteckt. Gerade während der Revolution ist es für irgendein leitendes Organ der proletarischen Bewegung äußerst schwer, vorauszusehen und zu berechnen, welcher Anlaß und welche Momente zur Explosion führen können und welche nicht. Auch hier besteht die Initiative und Leitung nicht in dem Kommandieren aus freien Stücken, sondern in der möglichst geschickten Anpassung an die Situation und möglichst engen Fühlung mit den Stimmungen der Massen. (...) Die Revolution ist, auch wenn in ihr das Proletariat mit der Sozialdemokratie an der Spitze die führende Rolle spielt, nicht ein Manöver des Proletariats im freien Felde, sondern ein Kampf mitten im unaufhörlichen Krachen, Zerbröckeln, Verschieben aller sozialen Fundamente. Kurz, in den Massenstreiks in Rußland spielt das Element des Spontanen eine so vorherrschende Rolle, nicht weil das russische Proletariat `ungeschult` ist, sondern weil sich Revolutionen nicht schulmeistern lassen.“ Luxemburg, Rosa: Massenstreik, Partei und Gewerkschaft. in: Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der SED (Hrsg.): Rosa Luxemburg Ausgewählte Reden und Schriften. Berlin 1951. S. 205/206. (S. 157 – 257).

<sup>29</sup> Raßloff: Das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur. S. 128/129.



dem Stuttgarter Kongress 1907 beschlossene Resolution forderte von den sozialdemokratischen Parteien alles zu unternehmen, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Wenn dies nicht gelang, dann sollten die sich im Verlauf des Krieges zuspitzenden wirtschaftlichen und politischen Krisen zum Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft ausgenutzt werden.

Der innenpolitische Burgfriede bedeutete jedoch nicht nur die Aufgabe der sozialen Revolutionsbestrebungen, sondern zugleich eine aktive Unterstützung der Kriegsanstrengungen des Deutschen Kaiserreiches. Diese Politik stieß sowohl innerhalb der Funktioniärschicht als auch an der Basis der deutschen Sozialdemokratie auf einen immer größer werdenden Widerstand, der sich zugleich gegen den Ersten Weltkrieg und die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse selbst richtete. Denn der Burgfrieden ging entgegen aller offiziellen Beteuerungen zulasten der Arbeiterschaft, die aufgrund des Beschlusses der Generalkommission der Gewerkschaften vom 2. August 1914, während des Krieges auf Streiks zu verzichten, keine wirksame soziale Interessenvertretung mehr besaßen.

Durch die Kooperation der Arbeiterorganisationen mit den staatlichen Stellen ließen sich die sozialen Probleme zwar lindern, aber nicht wirksam bekämpfen. Deshalb kam es zwischen 1915 und 1917 auch in Thüringen zu vereinzelt kleineren Streiks und Protestaktionen insbesondere von Frauen, die mehr Lebensmittel und die Rückkehr ihrer Männer von den Fronten forderten.<sup>30</sup> Der soziale Protest nahm im Frühjahr/Sommer 1917 reichsweit Massencharakter an, als sich ausgehend von Leipzig und Berlin mehrere zehntausend Rüstungsarbeiter an Streiks beteiligten. Gotha und Jena waren dabei in Thüringen die Schauplätze dieser Protestwelle. Während es in Gotha mehrere kleinere Streiks gab, traten am 25. Juli 1917 die Arbeiter der Zeiss- und Schottwerke in einen mehrstündigen Generalstreik.<sup>31</sup>

Mit dem von der SPD-Führung herbeigeführten Ausschluss der Opposition zunächst aus der Reichstagsfraktion und später aus der Partei begann die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, ihr endgültiger Bruch zwischen ihrem sozialdemokratischen und kommunistischen Flügel erfolgte jedoch erst am Beginn der Weimarer Republik. In den Massenaktionen 1917/18 verbanden sich die Mitglieder und Anhänger der beiden sozialdemokratischen Richtungen von MSPD und USPD zu gemeinsamen Aktionen. Sie entwickelten dabei mit den Arbeiterräten als Streikleitungen während des Massenstreiks in der Rüstungsindustrie im Januar/Februar 1918, so auch in Jena, eine neue Form des Zusammenwirkens.<sup>32</sup> Kennzeich-

---

<sup>30</sup> Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 26./ S. 31 – 34.

<sup>31</sup> Schulz: Der Weg in die Revolutionstage 1918/19 in Jena. S. 94 - 97.

<sup>32</sup> Schulz: Der Weg in die Revolutionstage 1918/19 in Jena. S. 111 -121.

nend für die Arbeiterbewegung in Thüringen war jedoch, dass sich ihre Spaltung nur an wenigen Orten durch die einzelnen Organisationen zog. Vielmehr traten die jeweiligen Landesorganisationen nahezu geschlossen entweder der USPD bei oder verblieben in der MSPD. Vor Ort agierte die Arbeiterschaft in Thüringen am Beginn der Revolution insofern weitgehend parteipolitisch geschlossen.<sup>33</sup>

### **Zur den unmittelbaren Ursachen der Novemberrevolution**

Die militärische Niederlage des deutschen Heeres an der Westfront im Frühjahr/Sommer 1918 bildete die unmittelbare Ursache der Revolution. Insgesamt entstand eine revolutionäre Situation, in der die Herrschenden nicht mehr wie bisher weiter machen konnten, weil sich die Beherrschten nicht mehr wie bisher regieren lassen wollten. Im Sommer 1918 wurde der Bevölkerung allmählich klar, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Die Aussicht auf einen fünften Kriegswinter mit all seinen Entbehrungen rief eine allgemeine Friedenssehnsucht hervor.<sup>34</sup> Im August 1918 konstatierte die Jenaer Polizei im Anschluss an die sozialdemokratische Parteiversammlung, dass die bisher im Sinne des Burgfriedens als zuverlässig geltenden Jenaer Sozialdemokraten von diesem abrückten. Ähnliches wurde im Bürgertum registriert.<sup>35</sup>

Zunehmend wurden sich auch die politischen Kräfte der revolutionären Situation bewusst. Ohne zu wissen, wann und wie die Revolution ausbrechen würde gingen sie jedoch davon aus, dass es ohne Änderungen in der Politik zu einer Revolution kommen würde. Das Vorbild der Revolution aber war, ob positiv oder negativ bewertet, Russland. Hier hatten die Bolschewiki Lenins im Oktober 1917 erfolgreich die Macht erobert. Was dabei oft übersehen wird und auch zum damaligen Zeitpunkt in Deutschland nicht gesehen wurde bzw. werden konnte: Ausschlaggebend für den Erfolg der Bolschewiki war, dass ihre Politik des sofortigen Friedens und die Zusicherung, die auf dem Land durch die Bauern erfolgten eigenmächtigen Enteignungen des Großgrundbesitzes zu legalisieren, den Massenforderungen entsprach und

---

<sup>33</sup> Hesselbarth, Mario: Zur Spaltung der thüringischen Sozialdemokratie im Frühjahr 1917. in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. 2008/II. S. 92 – 101. Kachel: Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen. S. 144 - 145.

<sup>34</sup> Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. Bonn/Berlin 1983. S. 27 – 33.

<sup>35</sup> In der Jenaer MSPD sei ein deutlicher „Stimmungsumschwung nach links“ zu verzeichnen. Baudert habe in der Mitgliederversammlung sowohl die Annexionisten als auch die Regierung kritisiert, die für den andauernden Krieg verantwortlich seien. Als der erste Diskussionsredner sich gegen Baudert wendend meinte, die U-Boote würden den Sieg bringen, erntete er den Zwischenruf: „Wie lang soll denn das noch dauern.“ Stadtarchiv Jena. BII IXh Nr. 46. Bl. 187/188. Versammlung der S.P. am 22.08.1918 im Gewerkschaftshaus, Jena 25.08.1918. „Auch in den Kreisen, die bisher noch dem Willen hatten durchzuhalten, ist eine Lauheit eingetreten.“ Stadtarchiv Jena. BII XVIIIg Nr. 135. Bl. 75. Entwurf eines Stimmungsberichtes des Gemeindevorstandes vom 15.08.1918 an den Bezirksdirektor zu Apolda.

ihnen deshalb die Machtübernahme gestattet wurde. Vor allem aber in der Agrarfrage haben sowohl Lenin und später vor allem Stalin ihre Politik grundlegend zu Lasten der Bevölkerung mit den bekannten schwerwiegenden Folgen verändert.<sup>36</sup>

Das Bild der bolschewistischen Revolution war in Deutschland 1918 nahezu ausschließlich von dem bereits tobenden Bürgerkrieg, verbunden mit dem Roten Terror sowie wirtschaftlichem Chaos geprägt. Die Vorstellung, eine kleine Gruppe radikaler Revolutionäre könnte auch in Deutschland die Macht an sich bringen und wie in Russland eine parlamentarische Entwicklung verhindern, die Konstituierende Versammlung war von den Bolschewiki aufgelöst worden, bestimmte das Agieren der MSPD-Führung um Friedrich Ebert.<sup>37</sup> Bolschewismus wurde damit zum mobilisierenden Schlagwort jener, die die Revolution verhindern wollten. Als das nicht mehr ging wurde die bolschewistische Gefahr beschworen, um die Revolution einzudämmen. Nachdem sich auch das als schwierig erwies, wurde nicht der Bolschewismus sondern die Revolution gewaltsam niedergeschlagen.

Tatsächlich war die radikale Linke in Deutschland im Herbst 1918 gar nicht in der Lage, nach bolschewistischem Vorbild eine Revolution auszulösen. Lenin und die Bolschewiki hatten ihre Oktoberrevolution als Auftakt und Anstoß zur proletarischen Weltrevolution betrachtet und dabei hauptsächlich auf Deutschland gesetzt. Im Herbst 1918 machten die Spartakisten auf die Bolschewiki jedoch „keinen sehr starken Eindruck. Sie hatten eine Konferenz. (gemeint war die Reichskonferenz vom Oktober 1918) Haben Verbindungen zur Provinz und zur Armee. Besitzen zwei legale Zeitungen (Die eine hat eine Auflage von 4000 Exemplaren, die andere 1500 (Der Sozialdemokrat, Stuttgart, und die Arbeiterpolitik, Bremen) unsere Prawda hatte 1917 stets eine Auflage von 50.000 bis 60.000 Exemplaren.). Sie haben noch keine einzige Demonstration durchgeführt und organisiert, von mehr gar nicht zu reden.“<sup>38</sup>

Es war die USPD, die im Oktober 1918 zunächst der wachsenden „Friedensbewegung“ öffentlichen Ausdruck verlieh. In den Orten, in denen sie in Thüringen über Organisationsstrukturen verfügte, führte sie Kundgebungen durch in denen der sofortige Frieden gefordert wurde.<sup>39</sup>

---

<sup>36</sup> Bock, Helmut: Vorbemerkungen. in: Hedeler, Wladislaw; Schützler, Horst; Striegnitz, Sonja (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse. Berlin 1997. S. 17 – 32.

<sup>37</sup> Miller, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918 – 1920. Düsseldorf 1978. S. 30.

<sup>38</sup> zitiert nach Luban, Ottokar: Neue Forschungsergebnisse über die Spartakuskonferenz im Oktober 1918. in: Plener: Die Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland. S. 75. (S. 68 – 78).

<sup>39</sup> Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 26./ S. 49. Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 – 1919. S. 20/21.

Die Reichstagsmehrheit, das heißt die liberalen bürgerlichen Parteien und die MSPD, wollte die Revolution verhindern. Sie wusste, dass hierzu der Krieg beendet werden musste und deshalb eine Verständigung mit den Alliierten notwendig war. Diesbezüglich hatte sie bereits im Sommer 1917 die sogenannte Friedensresolution des Deutschen Reichstages verabschiedet, die jedoch von der Regierung und der Obersten Heeresleitung hintertrieben worden war. Vor diesem Hintergrund konnte eine Verständigung mit den Kriegsgegnern nur erreicht werden, wenn eine neue Regierung gebildet würde. Seit Mitte September 1918 wurde darüber öffentlich diskutiert. Um die Glaubwürdigkeit der neuen Regierung zu erhöhen, sollte auch die MSPD in diese eintreten. Da die MSPD jedoch auch vor ihren eigenen Anhängern glaubwürdig bleiben musste, kam für sie ein Regierungseintritt nur dann in Betracht, wenn das politische System des Deutschen Kaiserreiches reformiert, das heißt parlamentarisiert würde.

Die Oberste Heeresleitung musste sich im Spätsommer 1918 die militärische Niederlage eingestehen. Auch sie war sich der Tatsache bewusst, dass eine Verständigung mit den Kriegsgegnern nur durch eine neue Regierung erreicht werden konnte, die von jenen politischen Kräften gebildet werden musste, die schon immer für einen Verständigungsfrieden eingetreten waren. Deshalb unterstützte die Oberste Heeresleitung nicht nur die Reichstagsmehrheit, sondern forderte selbst eine neue Regierung, die sofort ein Waffenstillstandsgesuch an den amerikanischen Präsidenten richten sollte. Damit hatte die Oberste Heeresleitung zugleich die Verantwortung für die militärische Niederlage auf die zivile Regierung abgeschoben, die sich für das Schicksal der Weimarer Republik so verheerend auswirkende Dolchstoßlegende war geboren.

Vor diesem Hintergrund erfolgten die sogenannten „Oktoberreformen“. Aus dem Deutschen Kaiserreiches wurde eine parlamentarische Monarchie, die Regierung war nun vom Reichstag abhängig. Die „Oktoberreformen“ wurden am 26. Oktober 1918 vom Reichstag beschlossen und am 28. Oktober durch den Kaiser bestätigt. Zudem wurde eine Änderung des Dreiklassen-Wahlrechts in Preußen in Aussicht gestellt und der neue Reichskanzler Max v. Baden versprach, sich auch in den übrigen Bundesstaaten für ein demokratisches Wahlrecht einzusetzen.<sup>40</sup>

Auf diese Veränderungen reagierten die Thüringischen Fürsten entweder ablehnend oder abwartend. Wenn sie wie in Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, in den in Personalunion regierten Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen sowie den ebenfalls in

---

<sup>40</sup> Mai, Günther: Das Ende des Kaiserreiches. Politik und Kriegsführung im Ersten Weltkrieg. München 1978. S. 140 – 172.

Personalunion regierten beiden reußischen Fürstentümern überhaupt eine Bereitschaft zu Wahlrechtsreformen zeigten, dann erfolgte dies vor allem hinhaltend. Auf Anfragen aus Berlin, wie die Thüringischen Fürsten einer Abdankung des Kaisers gegenüberstünden, reagierten diese entweder ablehnend oder gar nicht.<sup>41</sup> Einige Weimarer Bürger forderten hingegen von ihrem Herzog, sich gegen die Parlamentarisierung zu stellen.<sup>42</sup> Demgegenüber begannen die beiden sozialdemokratischen Parteien in Sachsen-Weimar, Sachsen-Gotha und auch in Nordhausen, öffentlich das Ende der Dynastien zu fordern.<sup>43</sup>

Hatte die Oberste Heeresleitung gehofft, die neue Regierung könnte einen für Deutschland günstigen Frieden erreichen, so ging diese Rechnung nicht auf. Die Alliierten wollten Deutschland auf Dauer militärisch schwächen und politisch dafür sorgen, dass es nicht erneut einen Krieg beginnen konnte. Als sicherstes Mittel erschien ihnen eine vom Volk gewählte Regierung. Deshalb forderte der amerikanische Präsident am 23. Oktober 1918 das Ende der Monarchie. Damit wurde die Friedensfrage mit der Kaiserfrage verbunden. Eine Beibehaltung der Monarchie bedeutete die Fortsetzung des Krieges; seine Beendigung setzte die Abschaffung der Monarchie voraus. Letzteres wollte die Oberste Heeresleitung unter allen Umständen verhindern. Sie begann unter dem Stichwort der Nationalen Verteidigung für die Fortsetzung des Krieges zu mobilisieren. Noch einmal wurden hunderttausende Arbeiter einberufen. Das aber stand nun in direktem Widerspruch zur neuen Regierung, die über einen Rücktritt des Kaisers hoffte, einen Verständigungsfrieden zu erreichen.

Mit der Entscheidung der Seekriegsleitung Ende Oktober 1918, die Hochseeflotte gegen die englische Flotte auslaufen zu lassen, brach der Konflikt zwischen den Befürwortern und Gegnern einer Fortsetzung des Krieges offen aus. Vor die Alternative gestellt, dem eigenen sicheren Untergang entgegenzufahren oder sich für den Frieden gegen die Offiziere zu erheben, entschieden sich die Matrosen für den Aufstand. Sie wussten, dass es dabei um einen vollständigen Sieg oder den eigenen Untergang ging. Ein Jahr zuvor hatte ein niedergeschlagener Aufstand in der Marine mit Todesurteilen gegen die beiden Anführer geendet. Am 4. November 1918 übernahmen die Matrosen und Arbeiter in Kiel die Macht. Von hier aus breitete sich die Revolution wie ein Lauffeuer über das gesamte Land aus. Bis zum 9. November 1918 versuchten die MSPD-Führer in Berlin noch die Revolution durch taktische Manöver sowohl gegenüber der Regierung als auch der eigenen Anhängerschaft aufzuhalten. Als

---

<sup>41</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 34 – 37.

<sup>42</sup> Rüß, Kurt: Dokumente und Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Weimar. Dritte Folge 1917 bis Januar 1919. Unveränderter Nachdruck der ersten Ausgabe 1966. Weimar 1976. S. 20.

<sup>43</sup> Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 47/48.

das nicht gelang, stellten sie sich als „Revolutionäre wider Willen“ an die Spitze der Revolution.<sup>44</sup>

### **Zum Verlauf der Novemberrevolution in Thüringen<sup>45</sup>**

In Thüringen wurden die revolutionären Vorgänge in Norddeutschland spätestens ab dem 7. November 1918 durch die Presse bekannt. Vor allem aber erfuhren die Soldaten in den Kasernen über den militärischen Funkverkehr von den Ereignissen in Norddeutschland. Infolge dessen brach die militärische Disziplin allmählich zusammen, was sich in Befehlsverweigerungen, dem Abreisen von Schulterstücken bei den Offizieren, dem Tragen von roten Bändchen und dem Verlassen der Kasernen ausdrückte. In Weimar bildete die Weigerung der Soldaten der 6. Kompanie zum Abtransport an die Front den Auftakt zum Soldatenaufstand und damit den Beginn der Revolution in Sachsen-Weimar.

An die Stelle der militärischen Disziplin trat nicht das Chaos, sondern eine neue, von Verantwortung gekennzeichnete Disziplin, die in der Unterordnung der Mannschaften unter frei gewählte Soldatenräte zum Ausdruck kam. Die Aufforderung zu Ruhe und Ordnung; gegen Ausschreitungen und Plünderungen, für den Schutz der Person und des persönlichen Eigentums gehörten neben den Forderungen nach sofortigem Frieden, Ende der Monarchien und des Belagerungszustandes sowie Wiederinkraftsetzen der politischen Rechte zum Kern der ersten Aufrufe der Arbeiter- und Soldatenräte. Deren Konstituierung erfolgte je nach Ort unterschiedlich, es sind aber Grundmuster erkennbar.

Vielfach nahmen die Soldaten bzw. die Soldatenräte sofort Kontakt zu den jeweiligen lokalen Arbeiterorganisationen auf, um das weitere Vorgehen abzustimmen. In Weimar wandten sich zwei Angehörige der Garnison bei Ausbruch des Aufstandes an die Leitung der MSPD unter August Baudert,<sup>46</sup> der die Führung des Aufstandes übernahm und in friedliche Bahnen lenkte. Unter seiner Regie bildeten sich zunächst der Soldatenrat und später der Arbeiterrat.

In Altenburg bildeten die Soldaten der außerhalb der Stadt stationierten Fliedersersatzabteilung am 8. November einen Soldatenrat, der einen Tag später mit den Führungen von MSPD und

---

<sup>44</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 34 – 58.

<sup>45</sup> Zur nachfolgenden Ereignisdarstellung: Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 38 – 54. Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 60 – 91. Gutsche: Die revolutionäre Bewegung in Erfurt. S. 127 – 163. Schulz: Der Weg in die Revolutionstage 1918/19 in Jena. S. 136 – 158. John, Jürgen (Hrsg.): Quellen zur Geschichte Thüringens. 1918 – 1945. Erfurt 1996. S. 55 – 59.

<sup>46</sup> Peter, Franz: Ein sozialistischer Basisarbeiter August Baudert. in: Hesselbarth, Mario; Schulz, Eberhart; Weißbecker, Manfred (Hrsg.): Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen. Jena 2006. S. 30 – 38.

Gewerkschaften Kontakt aufnahm. Auch in Gotha ging die Initiative von den Soldaten aus, die zunächst einen Soldatenrat bildeten und sich dann mit der USPD-Führung verständigten, die ihrerseits einen Arbeiterrat bildete. In Gera wählten die Soldaten am 9. November 1918 in Anwesenheit von Arbeitern, die zuvor in der Stadt demonstriert hatten und in die Kaserne eingedrungen waren, einen Soldatenrat. Am Tag darauf fand eine große Massenversammlung statt, in deren Verlauf der Arbeiter- und Soldatenrat gebildet wurde.

Die Bildung von Arbeiterräten und Soldatenräten erfolgte an einigen Orten wie in Eisenach auch parallel. Hier konstituierten sich am Abend des 8. November 1918 im Anschluss an eine öffentliche USPD-Volksversammlung sowohl ein Arbeiterrat als auch ein Soldatenrat. In Erfurt hatten am Nachmittag des 8. November Arbeiter verschiedener Betriebe Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt, an denen sich auch Soldaten beteiligten. Während in der Nacht zum 9. November im Tivoli ein Arbeiterrat aus MSPD- und USPD- Funktionären gebildet wurde, erfolgte zeitgleich in der Erfurter Garnison die Bildung eines Soldatenrates. In Jena bildete sich am Vormittag des 9. November 1919 in der Kaserne ein Soldatenrat, nachdem etwa 400 Zeissarbeiter und heimgekehrte Soldaten friedlich in die Kaserne eingedrungen waren. Die „Eindringlinge“ bildeten ihrerseits einen provisorischen Arbeiterrat, der auf einer großen Massenkundgebung am Mittag mit MSPD-Vertretern vervollständigt wurde.

Überall vereinigten sich die Räte zu gemeinsamen Arbeiter- und Soldatenräten, die nun vor Ort die Macht übernahmen, nachdem die lokalen Verwaltungen die neuen Tatsachen letztlich akzeptierten. Übernahme der Macht hieß: Kontrolle über die Verwaltung und Vertretungskörperschaften, Garantie von Ordnung und Sicherheit vorrangig durch die Soldatenräte, vor allem Sicherung der lebensnotwendigen Vorräte.<sup>47</sup>

Ebenso friedlich wie die Revolution verlief auch der Staatsumsturz in den Thüringischen Kleinstaaten, wobei das Spektrum vom revolutionären Umsturz bis hin zum parlamentarisch-gesetzlichen Übergang zur Demokratie reichte. In Gotha erklärte Wilhelm Bock<sup>48</sup> am 9. November 1918 während einer Massenkundgebung den Herzog für abgesetzt und den Arbeiter- und Soldatenrat zum obersten Machtorgan der Republik. Anschließend zog eine Demonstration zum Regierungssitz, nach kurzem Zögern stellte sich die Regierung unter die Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates. Am 14. November 1918 wurde der Landtag aufgelöst und als Revolutionsregierung ein „Rat der Volksbeauftragten“ gebildet.

---

<sup>47</sup> So z.B. in Jena, wo die Maßnahmen der umfangreichen Sicherungsmaßnahmen noch detailliert nachverfolgt werden können. Stadtarchiv Jena. BII XVIII g Nr. 130. Bl. 1 - 10.

<sup>48</sup> Hesselbarth, Mario: Der Großvater des Sozialismus in Thüringen. Wilhelm Bock. in: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker: Sozialisten in Thüringen. S. 53 – 62.

Der Herzog von Sachsen-Weimar kam am 8. November 1918 den Forderungen der Demonstranten nach und dankte ab. Seine Regierung trat zurück, so dass August Baudert als „Staatskommissar“ die Regierungsgeschäfte übernahm. Am 14. November 1918 kam der Landtag zu seiner letzten Sitzung zusammen. Die Macht im Land übernahm zunächst der Weimarer Arbeiter- und Soldatenrat, der um einige Mitglieder aus Jena und Eisenach erweitert zum Landes- Arbeiter- und Soldatenrat wurde.

In Gera formierte sich im Anschluss an die Massenkundgebung vom 10. November ein Demonstrationszug zum Regierungsgebäude. Eine Abordnung der Demonstranten forderte von der Regierung den Rücktritt und die Abdankung des Fürsten, die noch am gleichen Tag erfolgte. Unter der Kontrolle eines Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates übernahm der Freiherr v. Brandenstein als Staatsminister die Regierungsgeschäfte. Einen Tag zuvor war in Greiz im Anschluss an eine USPD-Kundgebung ein Demonstrationszug zum Schloss gezogen und hatte von der Landesregierung ebenfalls ihren Rücktritt und die Abdankung des Fürsten verlangt. Zunächst geschah jedoch nichts. Am 10. November erschien eine Soldatenabordnung aus Gera in Greiz. Sie informierte die Landesregierung über den Rücktritt des Fürsten und erklärte die Landesregierung für abgesetzt. Wie in Gera übernahm nun auch in Greiz der Arbeiter- und Soldatenrat die Macht, unter dessen Kontrolle eine aus USPD-Mitgliedern und bürgerlichen Liberalen gebildete Regierung arbeitete.

Die MSPD-Parteileitung in Altenburg hatte zunächst am Morgen des 9. November 1918 verhindert, dass ein Trupp von Soldaten zum Schloss zog und den Herzog einfach absetzte. Einen Tag später verkündete der Arbeiter- und Soldatenrat während einer Großkundgebung seine Machtübernahme, tatsächlich aber verhandelte er mit dem Herzog über die Bildung einer neuen Regierung. Diese wurde am 12. November 1918, bestehend aus drei Bürgerlichen und zwei Sozialdemokraten vom Herzog eingesetzt, der einen Tag später zurücktrat. Der alte Landtag wurde nicht mehr einberufen, sondern für den 29. Januar 1919 Landtagsneuwahlen nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht ausgeschrieben.

Der Rücktritt des Meininger Fürsten erfolgte am 10. November 1918, nachdem eine Abordnung des Soldatenrates im Schloss erschienen und dies gefordert hatte. Da in Meiningen kein Arbeiterrat gebildet worden war, konnte der liberale Landtagspräsident den alten Landtag am 12. November 1918 einberufen, der die Regierung zum Rücktritt aufforderte. Die neu gebildete Regierung bestand aus Bürgerlichen und Sozialdemokraten, der Landtag arbeitete bis zur Neuwahl weiter.



In Rudolstadt trat der Landtag auf Initiative des Fürsten am 15. November 1918 zusammen. Zwar erklärte der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldanrates, dieser hätte die Macht übernommen. Er akzeptierte jedoch die Forderung des Fürsten, den Übergang zur Parlamentarischen Republik durch den Landtag gesetzlich zu regeln. Allerdings war dieser Landtag der einzige im nun ehemals Deutschen Kaiserreich, in dem eine sozialdemokratische Mehrheit existierte. Am 25. November 1918 dankte der Fürst ab. In Sondershausen empfahl die Regierung dem Landtag und dem am 11. November gebildeten Arbeiterrat analog wie in Rudolstadt vorzugehen. Auch hier spielte der Arbeiterrat keine entscheidende Rolle.

Neben dem friedlichen Verlauf war die Massenpolitisierung ein weiteres Kennzeichen der Novemberrevolution. Nicht nur die Arbeiter und Soldaten kamen zu Massenversammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen zusammen. Nahezu die gesamte Bevölkerung traf sich in Volksversammlungen, die verschiedenen Berufsgruppen nahmen Stellung zur Revolution. Teilweise bildeten sich auch Bauernräte. Speziell für Frauen wurden politische Massenversammlungen durchgeführt. Nach Überwindung eines kurzzeitigen, mitunter nur wenige Tage andauernden Schocks über die Tatsache der Revolution konstituierte das bürgerliche Lager neue politischen Parteien und bildete auch in Thüringen Bürgerräte bzw. Bürgerausschüsse, die sich teilweise als Gegengewicht zu den Arbeiter- und Soldatenräten verstanden.<sup>49</sup>

Die Mitarbeit des Bürgertums in den Arbeiter- und Soldatenräte gehörte in der Anfangsphase der Revolution zu den ersten Streitfragen. Die Landeskonferenz der Thüringer MSPD befürwortete sie am 16. November 1918 und beschloss, dass Bürgerliche in die Arbeiter- und Soldatenräte aufgenommen werden sollten. Dagegen regte sich in vielen lokalen Arbeiter- und Soldatenräten massiver Widerstand.

In Jena forderte das demokratische Bürgertum am 13. November 1918 die Möglichkeit einer Mitarbeit. Dies lehnte der Arbeiter- und Soldatenrat an, weil die Arbeiter und Soldaten die Revolution allein durchgeführt hätten, während sich das Bürgertum ihr gegenüber abwartend oder gar feindlich verhalten habe. Zudem würden mit den in Aussicht genommenen Wahlen zu einer Nationalversammlung und anderen demokratischen Vertretungskörperschaften alle Bevölkerungskreise die Möglichkeit erhalten, sich politisch einzubringen. Bis dahin müsse die exekutive und legislative Macht vollständig in den Händen der bestehenden Arbeiter- und Soldatenräte verbleiben.

---

<sup>49</sup> Zur bürgerlichen Gegenmobilisierung während der Novemberrevolution. Bieber, Hans-Joachim: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920. Hamburg 1992.

Demgegenüber bot der Erfurter Arbeiter- und Soldatenrat dem Bürgerrat drei Sitze in dem 70-köpfigen Gremium an. Dies lehnte der Bürgerrat jedoch als unzureichend ab.<sup>50</sup>

Unabhängig davon, wie weit die Arbeiterschaft ihm vor Ort entgegenkam, das Bürgertum beanspruchte die Beibehaltung seiner bisherigen dominierenden gesellschaftlichen Stellung und bestritt deshalb zunehmend die revolutionäre Legitimation der Arbeiter- und Soldatenräte. Mit seiner Forderung nach einer Nationalversammlung bzw. der Wahl von Landtagen in den Thüringischen Kleinstaaten wollte es die politische Entwicklung zunächst in bürgerlich-parlamentarische Bahnen lenken, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung beizubehalten. Damit waren die grundsätzlichen Fragen über die weitere Zukunft Deutschlands aufgeworfen.

### **Rätediktatur oder Nationalversammlung**

Im November/Dezember 1918 gestaltete sich die Frage Rätediktatur oder Nationalversammlung zur Grundsatzauseinandersetzung über den weiteren Fortgang der Revolution und damit der zukünftigen Entwicklung Deutschlands. Die Führungen von MSPD und Gewerkschaften plädierten für die Nationalversammlung, weil sie die gegebenen Verhältnisse als nicht reif für eine sozialistische Entwicklung ansahen. Deshalb strebten sie eine demokratische Entwicklung auf kapitalistischer Grundlage an, wenngleich sie wesentliche soziale Forderungen der Arbeiterbewegung durchsetzen wollten. Letzteres unterschied sie von den Parteien des demokratischen Bürgertums, aber die Frage der Nationalversammlung und die Ablehnung rätesozialistischer Experimente verbanden die bisherigen Parteien der Reichstagsmehrheit, die sich in der Weimarer Koalition erneut zusammenfanden.

Tatsächlich bestanden angesichts der Kriegsniederlage und den zu erwartenden harten Friedensbedingungen große soziale und wirtschaftliche Probleme. Die Versorgungslage der Bevölkerung war weiterhin extrem schwierig. Zudem stellten die Demobilisierung des Heeres und die Umstellung der Kriegswirtschaft auf zivile Produktion große Herausforderungen dar. Vor diesem Hintergrund war die Revolution auf allen Ebenen auf die Zusammenarbeit mit den alten Eliten in den zivilen und militärischen Verwaltungen angewiesen. Es war aber ein Unterschied, ob die Akteure in der gegebenen Situation des November/ Dezember 1918 auch die Chance auf einen demokratischen und sozialen Neubeginn sahen, oder ob sich wie Friedrich Ebert als Konkursverwalter des alten System betrachteten. Indem die neue Regierung in Berlin, der Rat der Volksbeauftragten, die alten Eliten in Militär und Verwaltung in

---

<sup>50</sup> Raßloff: Das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur. S. 166.

ihren Macht- und Entscheidungspositionen beließen, wurden grundlegende Entscheidungen bereits getroffen, die eigentlich der Nationalversammlung vorbehalten bleiben sollten.<sup>51</sup>

Eine der beiden wichtigsten Vorentscheidungen war der sogenannte Ebert-Groener-Pakt, jene Absprache vom Abend des 9. November 1918, in der sich Ebert der Unterstützung der Obersten Heeresleitung versicherte. Ging es dabei aus Eberts Sicht zunächst um die geordnete Rückführung des Heeres in die Heimat, sicherte er damit aber zugleich der bisherigen Militärführung ihre Machtposition. Dies richtete sich unmittelbar gegen die Revolution; die sich an ihrem Ausgangspunkt ja ausdrücklich gegen Militärführung erhoben hatte.

Die zweite wichtige Vorentscheidung war das Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918. Mit ihm verpflichteten sich die Unternehmen zur Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner und zur Einführung des Acht-Stunden-Tages, einer alten Forderung der Arbeiterbewegung. (Die Bedingung zu seiner endgültigen Einführung war jedoch, dass diese Arbeitszeitregelung international eingeführt werden würde, wozu es nicht kam. Deshalb wurde der Kampf um den Fortbestand des Acht-Stunden-Tages zu einem Grundsatzkonflikt in der Weimarer Republik) Im Gegenzug garantierten die Gewerkschaften den Schutz des Privateigentums an Produktionsmitteln. Damit war allen Sozialisierungsforderungen der Boden sofort entzogen.

Eine zweite Position in der Frage Rätediktatur oder Nationalversammlung vertrat die USPD-Mehrheit. Sie stellte sich nicht prinzipiell gegen die Nationalversammlung, wollte sie jedoch erst wählen, wenn wichtige strukturelle Entscheidungen zur Sicherung der Revolution durch die Arbeiter- und Soldatenräte getroffen waren. Aus ihrer Perspektive war die formale staatsbürgerliche Gleichheit nicht ausreichend für eine sozialistische Entwicklung, erforderlich schienen ihr die Herstellung der sozialen und ökonomischen Gleichheit und die Aufklärung der Bevölkerung im sozialistischen Sinn. Deshalb plädierte die USPD für einen späteren

---

<sup>51</sup> Da die Rolle Friedrich Eberts während der Novemberrevolution in der Diskussion nachgefragt wurde, sei noch einmal darauf verwiesen, dass das Agieren Einzelner in revolutionären Situationen sich sehr entscheidend auf die Entwicklung der Ereignisse auswirken kann. Dieses Agieren findet jedoch in den Grenzen der jeweils konkreten politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen statt und seine Beurteilung fragt nur selten nach dem ehrlichen Bemühen des Handelnden. Ich teile ausdrücklich die Zurückweisung der teilweise bis in die Gegenwart reichenden abwertend-negativen Beurteilungen Friedrich Eberts. Mühlhausen, Walter: Der Typus Ebert – Anmerkungen zur Biographie des Parteiführers im Staatsamt der Weimarer Republik. in: Mittag, Jürgen (Hrsg.): Biographische Ansätze zur Geschichte der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert. Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen. 45/2011. S. 99 – 118. Eberts Konzept, nach der Revolution keine neuen gesellschaftlichen Ausgrenzungen zuzulassen und die sozialistische Arbeiterbewegung in den demokratischen Staat zu integrieren musste ohne die Beseitigung der hier skizzieren grundlegenden Widersprüche innerhalb der deutschen Gesellschaft jedoch scheitern. Um sein Konzept mit Erfolg durchzuführen, hätte Ebert die Machtgrundlagen der alten Eliten beseitigen müssen. Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 68 – 113.

Wahltermin, sie akzeptierte jedoch die Entscheidung des Reichsrätekongress am 19. Dezember 1918, die Wahl am 19. Januar 1919 stattfinden zu lassen.

Die radikalen Linke, vor allem Spartakus und Teile des linken USPD-Flügels plädierten unter der Losung „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“ gegen die Nationalversammlung. Diese Richtung stellte im Dezember 1918 jedoch eine geringe Minderheit dar und spaltete sich nach der Entscheidung des Reichsrätekongresses. Der linke Flügel der USPD und auch die Führung des Spartakusbundes akzeptierten den Beschluss und plädierten für eine Wahlbeteiligung. Die Mehrheit des Gründungsparteitages der KPD hingegen rief zum Boykott der Wahl auf und isolierte damit sofort die junge Partei innerhalb der Arbeiterbewegung.

Die von den Führungen der unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung vertretenen Positionen in der Frage Rätediktatur oder Nationalversammlung wichen jedoch mehr oder weniger vom Willen der großen Masse der sozialistischen Arbeiterschaft und hierin eingeschlossen auch der lokalen/regionalen Führungen von MSPD und USPD ab. Diese wollten im Dezember 1918 eine sozialistische Republik und das hieß im damaligen Verständnis eine parlamentarische Demokratie,<sup>52</sup> die Abschaffung des Militarismus und die Sozialisierung der hierfür reifen Industriezweige.<sup>53</sup> Dieser Wille kam zum einen in den Beschlüssen des Reichsrätekongresses für die Wahl einer Nationalversammlung, den sogenannten Hamburger Punkten bezüglich der Kommandogewalt beim Militär und für die Sozialisierung des Bergbaus zum Ausdruck.<sup>54</sup>

Zum zweiten kennzeichnete dieser Wille auch die Praxis der Thüringer Rätebewegung. Sie begann, grundlegende soziale Forderungen der Arbeiterbewegungen wie den Acht-Stunden-Tag durchzusetzen, der auf Anordnung der Arbeiter- und Soldatenräte u.a. in Suh.; Eisenach, Gera und Greiz sofort eingeführt wurde. In dem aus den beiden reußischen Fürstentümern Ende 1918 gebildeten Volksstaat Reuß wurden ein Mindestlohn und die höhere Besteuerung von Vermögen beschlossen.<sup>55</sup>

---

<sup>52</sup> Der Gedanke, dass in der Nationalversammlung „die über den Inhalt der Verfassung der am 09.11.1918 ausgerufenen Republik entscheiden sollte der Standpunkt des revolutionären Teils der deutschen Arbeiterklasse nicht zur Geltung gebracht werden sollte“ schien dem damaligen USPD-Vorsitzenden in Jena, Curt Böhme, „unvorstellbar.“ Böhme, Curt: Erinnerungen aus der politischen Arbeit in Stadt und Unterbezirk Jena in den Jahren um den ersten Weltkrieg. Gera 30.07.1957. S. 26. unveröffentlichtes Manuskript im Nachlass Erhard Wörfel. Stadtarchiv Jena. z.Z. ohne Signatur.

<sup>53</sup> Hierzu als eines von vielen Beispielen die Entschließung des Jenaer Arbeiter- und Soldatenrat vom 13.12.1918. Schulz: Der Weg in die Revolutionstage 1918/19 in Jena. S. 156.

<sup>54</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 102 - 106.

<sup>55</sup> Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 107/108.

Vor allem stand die Wiederherstellung der politischen und organisatorischen Einheit im Mittelpunkt einer umfassenden Diskussion innerhalb der Thüringer Arbeiterbewegung. Ausgelöst war sie vom Aufruf des Geraer USPD-Funktionär Emil Vetterlein, der sich am 25. November 1918 „An alle Sozialdemokraten Großthüringens“<sup>56</sup> gewandt und vorgeschlagen hatte, MSPD und USPD sollten mit einer gemeinsamen Liste zur Wahl der Nationalversammlung antreten. Er forderte von beiden Parteiführungen, die hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten. Die Thüringer USPD beschloss auf ihrer Bezirkskonferenz am 19. Dezember 1918, mit der MSPD in Thüringen über eine solche gemeinsame Liste zu verhandeln.<sup>57</sup> Letztlich scheiterte ihr Angebot an ihrer Forderung, die MSPD dürfe keine kompromittierten Personen aufstellen.<sup>58</sup> Das meinte die beiden Verfechter der Burgfriedenspolitik, die Reichstagsabgeordneten Heinrich Schulz und Max Cohen. Die MSPD lehnte das Ansinnen der USPD als Einmischung ab, interessant ist jedoch, dass sie die beiden Genannten von sich aus nicht aufstellte.

### **Zur Frage der Einigung Thüringens**

Die Herstellung der staatlichen Einheit Thüringens hatte am Beginn der Novemberrevolution nicht zu den Forderungen der Arbeiter- und Soldatenräte gehört. Ausgenommen hiervon war der Arbeiter- und Soldatenrat Gera, der eine „Republik Großthüringen“ forderte. Nachdem die Landeskonferenz der MSPD am 17. November die beiden Formen des Zusammenschlusses, Großthüringen unter Einschluss der preußischen Gebiete oder Kleinthüringen ohne die preußischen Gebiete diskutiert hatte, ergriff der Arbeiter- und Soldatenrat Weimar die Initiative und lud zu einer Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des 36. Reichstagswahlkreises (Thüringen) ein. Sie tagte am 10. Dezember 1918 in Erfurt und lehnte das Anliegen des Vorsitzenden des Jenaer Arbeiter- und Soldatenrates Albert Rudolph ab, eine Thüringer Nationalversammlung zu wählen. Ebenso wenig wurde der Vorschlag des Freiherrn von Brandenstein unterstützt, die Vereinigung Thüringens durch gemeinsame Verwaltungen voranzutreiben. Vielmehr forderte die Konferenz die Bildung einer deutschen Einheitsrepublik mit einem Verwaltungsbezirk Groß-Thüringen. Sie wählte den sogenannten „12-Ausschuss“, der die Forderung der Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte zur zukünftigen staatlichen Gestaltung Thüringens umsetzen sollte. An seinem Schicksal lässt sich der abnehmende politische Gestaltungseinfluss der Rätebewegung im Frühjahr 1919 exemplarisch nachzeichnen.

---

<sup>56</sup> Kachel: Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen. S. 159.

<sup>57</sup> Gothaer Volksblatt, 23.12.1918.

<sup>58</sup> Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 03.01.1919.

Schon während der Bezirkskonferenz hatten die Vertreter Altenburgs deren revolutionäre Legitimation infrage gestellt. Dies geschah erneut während der ersten Sitzung des „12-Ausschusses“ am 23. Dezember 1918 von Seiten der Landesregierungen. Diese akzeptierten den Ausschuss nach der Wahl der einzelstaatlichen Landtage im Februar/März 1919 kaum noch, so dass er im April 1919 seine Tätigkeit einstellte und die Regierungen die Regie im Vereinigungsprozess Thüringens übernahmen. Allerdings forderten die sozialdemokratisch dominierten Landtage erfolgreich ein Mitspracherecht und nahmen ihrerseits über den Thüringer Volksrat Einfluss auf die Ausgestaltung des zukünftigen Landes Thüringen.<sup>59</sup>

### **Die zweite Revolutionswelle in Thüringen**

Die breite Unterstützung, die die Nationalversammlung auch in der thüringischen Arbeiterbewegung anfänglich besaß, schlug im Januar/Februar 1919 in tiefe Enttäuschung und Unzufriedenheit sowie Gegnerschaft bei einem Teil der Arbeiterschaft um. Hieraus entwickelte sich eine zweite Revolutionswelle,<sup>60</sup> für die es mehrere Ursachen gab. Zunächst wirkte sich auch in Thüringen die konterrevolutionäre Niederschlagung des sogenannten Spartakusaufstandes in Berlin<sup>61</sup> aus. Im Freistaat Gotha traten die Arbeiter am 11. Januar 1919 in einen eintägigen Proteststreik. Schwerpunkt der Proteste in Thüringen war Erfurt. Hier demonstrierten und streikten zwischen dem 12. und 14. Januar 1919 mehrere tausend Arbeiter. Während der Arbeiter- und Soldatenrat für die Nationalversammlung demonstrieren wollte, folgten sie der Losung der jungen KPD-Ortsgruppe gegen Regierung und Nationalversammlung. Sowohl in Erfurt, als auch in Sömmerda wurden Truppen- und Waffentransporte nach Berlin durch die Arbeiter unterbunden. Während dieser Aktionen zeigten sich zugleich zunehmende Radikalisierungstendenzen. Arbeiter drangen in bürgerliche Zeitungsredaktionen ein weil sie meinten, so das Verbreiten konterrevolutionärer Lügen zu verhindern.<sup>62</sup>

Vor allem die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts am 15. Januar 1919 verband die Arbeiterschaft über alle politischen Differenzen hinweg zum scharfen Protest. In einer Vielzahl von Thüringer Orten kam es zwischen dem 18. und dem 25. Januar zu Proteststreiks und Trauerkundgebungen.<sup>63</sup>

---

<sup>59</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 54 – 63./ S. 80 – 91.

<sup>60</sup> Miller: Die Bürde der Macht. S. 252 – 274.

<sup>61</sup> Luban, Ottokar: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand. Legende und Wirklichkeit. in: Luban, Ottokar: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913 – 1919. Leipzig 2008. S. 67 – 117.

<sup>62</sup> Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 162 - 165. Raßloff: Das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur. S. 183.

<sup>63</sup> Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 165 - 169.

Eine zweite Ursache war das immer stärkere Hervortreten der Gegenrevolution vor Ort und deren Unterstützung durch die Regierung. In Jena hatte der Vorsitzende des Bürgerrates zur Bildung einer Bürgerwehr aufgerufen und damit den Soldatenrat herausgefordert. Da sich der Bürgerratsvorsitzende den Anordnungen des Soldatenrates widersetzte, wurde er verhaftet. Auf Veranlassung der Berliner Regierung musste er jedoch wieder frei gelassen werden.<sup>64</sup> Der Jenaer Arbeiter- und Soldatenrat sah hierin eine Untergrabung seiner Autorität und protestierte: „Der Arbeiter- und Soldatenrat Jena verbittet sich ganz energisch, daß die Regierung und der Zentralrat Verfügungen über unsere Köpfe hinweg treffen, ohne uns zu hören. Derartige Maßnahmen können nur dazu dienen, daß Ansehen des Arbeiter- und Soldatenrates zu schädigen und die Gegenrevolution zu stärken.“<sup>65</sup>

Je stärker die Gegenrevolution wurde, umso mehr nahmen auch Forderungen nach Beibehaltung der Arbeiterräte zu.<sup>66</sup> Wenn in diesem Zusammenhang im Frühjahr 1919 auch in Thüringen während der großen Generalstreikbewegung die „Diktatur des Proletariat“ und das „Reine Räteresystem“ gefordert wurden, dann meinte dies nicht die bolschewistisch/ kommunistische Ein-Parteien-Diktatur. Vielmehr ging es um die Wiederherstellung des Zustandes vom November/Dezember 1918, in dem die Arbeiter- und Soldatenräte meinten die gesamte Macht in ihren Händen zu halten. Für das Verständnis der Zweiten Revolutionswelle und der sich radikalierenden Rätebewegung ist das von großer Bedeutung.

Eine dritte Ursache für die Entwicklung im Frühjahr 1919 bildete die Neuregelung der Kommandogewalt durch die Regierung, wodurch der diesbezügliche Beschluss des Reichsrätekongresses faktisch außer Kraft gesetzt wurde.<sup>67</sup> Dagegen erhob sich insbesondere unter den Soldatenräten Protest, die in ihrer großen Mehrheit bislang auf Seiten der MSPD gestanden hatten. Während einer vom Jenaer Soldatenrat einberufenen Massenkundgebung am 7. Februar 1919 schlug dem lokalen MSPD-Vertreter deshalb massiver Widerspruch entgegen.<sup>68</sup>

Den unmittelbaren Auslöser der Generalstreikbewegung in Thüringen bildete die Frage des Schutzes der Nationalversammlung. Der Weimarer Soldatenrat hatte ganz selbstverständlich beansprucht, diese Aufgabe zu übernehmen und diesbezüglich erste Maßnahmen ergriffen. Als radikal geltende Arbeiter waren entwaffnet und aus den umliegenden Orten

---

<sup>64</sup> Schulz: Der Weg in die Revolutionstage 1918/19 in Jena. S. 162/163.

<sup>65</sup> zitiert nach: Pöhlend, Walter: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen 1914-1920 unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung des revolutionären linken Flügels der USPD bis zur Vereinigung mit der KPD. Dissertation (unveröffentlicht). Halle 1965. S. 199.

<sup>66</sup> Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 06.02.1919.

<sup>67</sup> Kluge: Soldatenräte. S. 254 u. 273 – 278.

<sup>68</sup> Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 07.02.1919.

Verstärkungen angefordert worden. Ob hieraus die Meldung konstruiert wurde, 800 bewaffnete Arbeiter würden auf Weimar vorrücken, muss an dieser Stelle offen bleiben.<sup>69</sup> Das Gothaer Volksblatt wies sie jedenfalls als bewusste Falschmeldungen und Provokation zurück.<sup>70</sup> Nach Angabe von August Baudert wurden die angeforderten Verstärkungen vom Weimarer Soldatenrat zurückbeordert, um den Konflikt mit der Reichsregierung, die die Nationalversammlung mit eigenen Truppen schützen wollte, nicht weiter zuzuspitzen.<sup>71</sup>

Allein die Ankunft der Truppen wirkte jedoch provozierend auf die Weimarer Arbeiter und Soldaten. Durch die Vermittlung von August Baudert trat jedoch eine gewisse Beruhigung der Lage in der Stadt ein. Entschieden aber wurde der Konflikt zugunsten der Regierungstruppen durch die faktische Auflösung des Weimarer Soldatenrates.<sup>72</sup>

Infolge dieser Entwicklung glich Weimar im Februar 1919 einem Heerlager, was für die Bevölkerung mit erheblichen Nachteilen verbunden war.<sup>73</sup> Von hier aus begannen die Regierungstruppen einen Feldzug gegen die Arbeiter- und Soldatenräte in Langensalza, Eisenach, Erfurt und hauptsächlich Gotha. Insbesondere die Auseinandersetzungen in Gotha, der Generalstreik der Arbeiterschaft als Reaktion auf den Truppeneinmarsch und der Bürgerstreik als Antwort auf den Generalstreik<sup>74</sup> stehen dabei im Blickpunkt des Interesses sowohl der älteren als auch der jüngeren Forschung. Je nach Sichtweise galt bzw. gilt Gotha entweder als revolutionäre oder linksradikale Hochburg. Tatsächlich unterscheiden sich die Ereignisse in Gotha auf den ersten Blick von der allgemeinen Entwicklung in Thüringen, was hauptsächlich der Gothaer USPD und dem Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrat Otto Geithner zugeschrieben wird. Diese Sicht soll hier jedoch kritisch hinterfragt werden.

Ernst Otto Geithner,<sup>75</sup> der auf dem linken Flügel der SPD stand (nicht nur die DDR-Forschung hob hervor, dass Geithner während eines Aufenthalts in der Schweiz Lenin begegnet war) war seit 1910 Chefredakteur des Gothaer Volksblattes. Er hatte wesentlichen Einfluss auf die politische Entwicklung der Gothaer SPD, die sich von einer reformistischen hin zu

---

<sup>69</sup> Matthiesen: Das bürgerliche Gotha. S. 183. Facius: Geschichte Thüringens Bd. 5/2.. S. 388.

<sup>70</sup> „Blödsinn oder Verbrechen“ Unter dieser Überschrift wurden Meldungen zurückgewiesen, wonach von Gotha aus ein Putschversuch gegen die Nationalversammlung in Weimar unternommen werden sollte. „Es kann kein Zufall sein, daß diese Hetznachrichten hiesiger kapitalistischer Kreise nur den Zweck verfolgen, durch derartige Lügen die Weißgardisten nach Gotha zu locken.“ Gothaer Volksblatt, 07.02.1919.

<sup>71</sup> Baudert, August: Sachsen-Weimars Ende. Historische Tatsachen aus sturmbewegter Zeit. Weimar 1923. S. 45/46.

<sup>72</sup> Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 20.02.1919.

<sup>73</sup> Baudert: Sachsen-Weimars Ende. S. 45/46.

<sup>74</sup> Matthiesen: Das bürgerliche Gotha. S. 81 – 89.

<sup>75</sup> Raschke, Helga: „In contumaciam“ aus der KPD geworfen. Ernst Geithner. in: Hesselbarth, Schulz, Weißbecker: Sozialisten in Thüringen. S. 167 – 176.



einer links-zentristischen Position entwickelte. Das Gothaer Volksblatt gehörte zu den wenigen sozialdemokratischen Parteiblättern, die sich der Burgfriedenspolitik verweigerte und deshalb im Februar 1915 verboten wurde. Geithner nahm im März 1915 an der Bildung der Gruppe Internationale um Luxemburg und Liebknecht in Berlin teil, wurde aber sehr bald zum Militär einbezogen.<sup>76</sup>

Die Ursache für die Zuspitzung der Situation in Gotha lag aber weniger in der radikalen Ausrichtung Otto Geithner und der Gothaer USPD, sondern in der besonderen Konstellation der Stadt selbst, die wiederum den Charakter der Gothaer USPD maßgebend prägte. Gotha war vor dem Ersten Weltkrieg eine bürgerliche Stadt, in der die Arbeiterschaft aufgrund des sehr hohen Wahlzensus faktisch kein kommunales Wahlrecht besaß. Infolge des Krieges entwickelte sich die Stadt zu einem Schwerpunkt der Rüstungsproduktion, die pro Kopf die höchste im gesamten Kaiserreich war. Das hatte einen massiven Anstieg der Arbeiterschaft zu Konsequenz, weshalb sich das zahlenmäßige Gewicht in der Stadt zu ihren Gunsten verlagerte. Hierauf gestützt, hatte die revolutionäre Massenbewegung in Gotha eine verlässliche Basis. Nach der Novemberrevolution wurde das Gothaer Bürgertum zunächst vollständig aus der Politik ausgeschlossen, denn der Arbeiter- und Soldatenrat löste auch den Gothaer Stadtrat auf und setzte eine Unterkommission zu Bewältigung der anstehenden Aufgaben ein.<sup>77</sup>

Im Zusammenhang mit den Ereignissen im Dezember 1918/Januar 1919 radikalisierte sich die Gothaer USPD tatsächlich. Im Gothaer Volksblatt hieß es, der Mord an Luxemburg und Liebknecht bilde den Auftakt zur Weltrevolution wie der Mord an Jaures den Beginn des Ersten Weltkrieges markiert hätte.<sup>78</sup> Die USPD-Landesversammlung am 26. Januar stellte sich gegen die Nationalversammlung und forderte die „Diktatur des Proletariats“. Dies führte zum Rücktritt Wilhelm Bocks aus der Landesregierung.<sup>79</sup> Die neu gebildete Landesregierung drohte Anfang Februar 1919 der Reichsregierung, diese erst dann wieder anzuerkennen, wenn sie die Truppen aus Weimar zurückgezogen hätte. Um ihrer Ankündigung Nachdruck zu verleihen, drohte die Gothaer Regierung nicht nur mit einem Generalstreik, sondern auch mit bewaffneter Gewalt.<sup>80</sup> Damit blieb sie innerhalb der Thüringer Rätebewegung zwar isoliert, sie lieferte der Regierung aber den Vorwand, Gotha am 17. Februar 1919 militärisch zu besetzen.

---

<sup>76</sup> Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 23/24.

<sup>77</sup> Matthiesen: Das bürgerliche Gotha. S. 24 – 50.

<sup>78</sup> Gothaer Volksblatt, 21.01.1919.

<sup>79</sup> Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 97/98.

<sup>80</sup> Gothaer Volksblatt, 03.02.1919.

Die Gothaer USPD war jedoch offenbar politisch klug genug, es bei einem Generalstreik als Antwort auf die Anwesenheit der Regierungstruppen in der Stadt zu belassen. Die als radikal geltende Gothaer Arbeiterschaft konnte sich dabei im Unterschied zu der gleichzeitig an vielen Orten der jungen Weimarer Republik politisch und militärisch niedergeschlagenen Rätebewegung gegenüber Militär und lokalem Bürgertum noch einmal behaupten.<sup>81</sup> Am Beispiel des Gothaer Generalstreik wird deutlich, dass zwischen der radikalen Rhetorik insbesondere im Gothaer Volksblatt und einem Teil der Funktionäre einerseits und dem tatsächlichen Handeln der Gothaer USPD differenziert werden muss.

In der Frage der Nationalversammlung wich die Haltung der Gothaer USPD nicht von der bereits dargestellten Position der USPD-Parteiführung ab.<sup>82</sup> Die Wahl selbst war in Gotha am 19. Januar 1919 weder behindert noch gestört worden. Bereits am 31. Dezember 1918 hatte der Gothaer Arbeiter- und Soldatenrat die Vorbereitung der Landtagswahl beschlossen,<sup>83</sup> die die USPD am 19. Februar 1919 mit absoluter Mehrheit gewann. Insofern konnte sich der von ihr in den neugewählten Landtag eingebrachte Verfassungsentwurf auf eine demokratisch legitimierte Mehrheit stützen. Tatsächlich entsprach ihr heftig kritizierter und als Räteverfassung charakterisierter Entwurf dem Diskussionsstand der USPD im Frühjahr 1919, denn er stellte eine Kombination aus parlamentarischer- und Räteverfassung dar, trat jedoch nie in Kraft. Demgegenüber waren im MSPD-geführten Sachsen-Altenburg und auch im Volksstaat Reuß, in dem die USPD als gemäßigt galt, Landesarbeiterräte, allerdings mit geringeren Rechten als in Gotha vorgeschlagen, Bestandteil der kurzzeitig geltenden Landesverfassungen.<sup>84</sup>

Als weiterer Beleg für die Radikalität der Gothaer USPD gilt die von ihr angestrebte und durchgesetzte Trennung von Staat und Religion. Anstelle der christlichen Feiertage Reformationstag und Bus- und Betttag sollten der 1. Mai und der 9. November gesetzliche Feiertage werden. Die Gothaer USPD wollte den Religionsunterricht in den Schulen nicht abschaffen, aber nur auf freiwilliger Basis und als unverbindliches Unterrichtsfach ohne Zensuren weiterführen.<sup>85</sup> Mit dem Wissen um die diesbezüglichen Auseinandersetzungen, die zwischen 1921 bis 1923 in ganz Thüringen stattfanden,<sup>86</sup> wurde hier 1919 der Grundsatzkonflikt

---

<sup>81</sup> Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 – 1919. S. 291.

<sup>82</sup> „Die Konstituante wird kommen und soll kommen, wir sind keine prinzipiellen Gegner derselben, aber daß sie jetzt kommt, liegt nicht im Interesse des Proletariats.“ Gothaer Volksblatt, 03.12.1918.

<sup>83</sup> Gothaer Volksblatt, 31.12.1918.

<sup>84</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 76 – 79.

<sup>85</sup> Overesch, Manfred: Hermann Brill in Thüringen. 1895 – 1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht. Bonn 1992. S. 44 – 53.

<sup>86</sup> Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. S. 143 – 155.

zwischen den beiden politischen Lagern zwar vorweggenommen, er war aber insoweit nicht auf Gotha begrenzt und insofern kein Ausdruck besonderer Radikalität der Gothaer USPD.

Ebenso wenig war der Generalstreik der Gothaer Arbeiterschaft gegen den Truppeneinmarsch eine lokale Besonderheit. Vielmehr löste die Anwesenheit der Regierungstruppen/Freikorps in Thüringen eine breite Protest- und Streikbewegungen aus, die zum Bestandteil der zweiten Revolutionswelle wurde. Gegen den Einmarsch in Gotha am 17. Februar beschloss die Thüringer Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte am 23. Februar 1919 einen allgemeinen Generalstreik,<sup>87</sup> der in den mitteldeutschen Generalstreik mündete.<sup>88</sup>

In vielen Thüringer Städte verboten die Arbeiter- und Soldatenräte und gleichzeitig einige der Landesregierungen die Werbung für die Freikorpsformationen.<sup>89</sup> Zugleich regte sich Widerstand, wenn Formationen der neugebildeten Reichswehr, im jeweiligen Ort stationiert werden sollten. In Jena löste der Einmarsch der Regierungstruppen mit 6000 Mann Ende April 1919 einen massiven Generalstreik aus, in dessen Verlauf die drei Arbeiterparteien kurzzeitig zu einer neuen Aktionsgemeinschaft zusammenfanden, nachdem es Ende Februar 1919 zu einer faktischen Spaltung des Arbeiterates gekommen war. Das am 30. April beschlossene Jenaer Aktionsprogramm forderte die „Diktatur des Proletariats“ und den Rücktritt der Regierung, sowie die sofortige Sozialisierung des Bergbaus. Die Wiederherstellung der proletarischen Einheit über die Köpfe der Führer hinweg wurde kurzzeitig praktiziert, denn das Aktionsprogramm wurde von den vereinigten sozialistischen Parteien, das heißt von MSPD, USPD und KPD gemeinsam, wenn auch nur für kurze Zeit, getragen.<sup>90</sup> Für dieses Programm demonstrierten am 1. Mai 1919 jeweils tausende Arbeiter in Jena und Gera, die Bezirkskonferenz der Thüringer Arbeiterräte machte das Jenaer Aktionsprogramm zu seiner Arbeitsgrundlage.<sup>91</sup>

## **Schlussbemerkungen**

Mit dem Jenaer Aktionsprogramm war der Höhepunkt der zweiten Revolutionswelle in Thüringen jedoch überschritten. Die Rätebewegung hatte auch hier trotz ihrer Radikalisierung und teilweise noch einmal massenhaften Mobilisierung insbesondere gegen das Militär an Breite verloren, weil sich die MSPD aus ihren Strukturen zunehmend zurückzog. Deutlich

---

<sup>87</sup> Jenaer Volksblatt, 27.02.1919.

<sup>88</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 175 – 178.

<sup>89</sup> Schulze: Novemberrevolution in Thüringen. S. 165.

<sup>90</sup> Schulz: Der Weg in die Revolutionstage 1918/19 in Jena. S. 176 – 180.

<sup>91</sup> Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 13.05.1919.

wurde die insgesamt abnehmende Mobilisierung im Juni 1919 beim Proteststreik gegen Hinrichtung des Führers der Zweiten Münchner Räterepublik Eugen Levinés.<sup>92</sup>

Mit dem Generalstreik gegen den Kapp-Putsch erreichte die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiterschaft im März/April 1920 auch in Thüringen ihren Höhe- und Endpunkt. Zugleich aber lag die Gestaltung der politischen Verhältnisse Thüringen bei den sozialdemokratisch geführt bzw. dominierten Landesregierungen und Landtagen der Einzelstaaten, die zwar von den Entscheidungen der Nationalversammlung und der Weimarer Koalition abhängig waren, aber dennoch über eigenen Gestaltungsspielraum verfügten.

Gemessen an ihren eigenen Forderungen hatte die Novemberrevolution auch in Thüringen eine Niederlage erlitten, doch gab sie letztlich nicht nur den entscheidenden Anstoß für die Herausbildung der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik, sondern auch für die Bildung des Landes Thüringens. An dessen Gestaltung hatte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung bis 1923 wesentlichen Anteil.

---

<sup>92</sup> Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. S. 184 – 190. Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach, 12.06.1919.